

Antworten der Freien Wähler RLP zu den Fragen der Dachorganisation der Heilmittelverbände in Rheinland-Pfalz

Themenkomplex I: Fachkräftemangel beheben – Berufsgesetze novellieren

- Der Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen ist ein drängendes Problem in der Gesundheitsversorgung. Vor dem Hintergrund des steigenden Bedarfs an Fachkräften für die künftige Patientenversorgung ist eine flächendeckende Gesundheitsversorgung auf Dauer gefährdet. Nur eine attraktive Ausbildungssituation macht die Berufe zukunftssicher und damit attraktiv für kompetenten Nachwuchs.
- Und nur eine an aktuelle und zukünftige Anforderungen angepasste Berufsausbildung gewährleistet eine hohe Behandlungsqualität. Zu einer modernen und sicheren Patientenversorgung gehören evidenzbasierte Diagnostik und Therapie, eine intensivierte interprofessionelle Zusammenarbeit sowie die Integration neuer Forschungsergebnisse und den Ausbau einer genuinen Forschungslandschaft. Um komplexen Versorgungsbedarfen gerecht werden, ist eine hochschulische Ausbildung als Regelausbildung erforderlich. Zudem werden durch die Akademisierung neue Zielgruppen für eine Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen angesprochen.
- Die hochschulische Ausbildung setzt ein entsprechendes Angebot an Studienplätzen und den Aufbau entsprechender Strukturen voraus. Darum gilt es, die bestehenden Modellstudiengänge und die vorhandene Infrastruktur gezielt auszubauen und den Bedarfen und künftigen Anforderungen entsprechend auszuweiten, die eine vollständige hochschulische Berufsausbildung umfasst.
- Auch sind Pläne für einen primärqualifizierenden Studiengang an der medizinischen Fakultät in Mainz vorbereitet. Das unterstützen wir mit voller Kraft. In RLP gibt es keinen primärqualifizierenden Studiengang.
- Physiotherapie/Ergotherapie und Logopädie: Für eine Qualifizierung der Lehrkräfte und der Praxisanleitenden bedarf es eines Hochschulangebots. Bundesweit gibt es einige Hochschullehrgänge für Therapiewissenschaften allerdings ohne ausreichenden pädagogischen Input. Die aktuell vorhandenen Studienplätze in Medizinpädagogik stehen nicht in ausreichender Menge zur Verfügung.
- Ziel dabei ist es, vor allem im Interesse der Patienten, die im interprofessionellen Team zu treffenden Entscheidungsprozesse und den Aufbau einer Therapieforschung in besonderem Maße zu fördern. Denn: Es sind die Patienten, die von der Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse profitieren.
- Für die Phase des Übergangs in eine vollständige akademische Ausbildung müssen sich die Bundesländer ihrer Verantwortung stellen und die berufsfachschulische Ausbildung attraktiv gestalten. Dazu gehören kostenfreie Ausbildungen in allen

Schulformen. Verbunden hiermit bedarf es klarer und möglichst einheitlicher Vorgaben der Bundesländer an die Ausbildungsqualität.

- Die Durchstiegsmöglichkeiten werden weiterhin gegeben sein, so dass alle Berufsinteressierte jeglichen Abschlusses hier berücksichtigt werden.
- Viele der oben genannten Forderungen lassen sich nur durch die längst überfällige Novellierung der Berufsgesetze erreichen. Diese hat oberste Priorität und muss spätestens zu Beginn der nächsten Legislaturperiode erfolgen.
- Dies war für die vergangene Legislaturperiode auf Bundesebene schon vorgesehen, konnte jedoch noch nicht umgesetzt werden.
- Zur Verbesserung der aktuellen Ausbildungsqualität wurde in Rheinland-Pfalz durch eine Fachgruppe seit 2016 ein neuer Rahmenlehrplan erstellt. Obwohl der Lehrplan ursprünglich verbindlich für alle Schulen gedacht war, wurde er aktuell nur als Empfehlung veröffentlicht. Doch ohne die notwendige Verbindlichkeit werden weder das Ziel der Qualitätssteigerung noch das Vermeiden der Heterogenität erreicht.
- Die bürokratischen Hürden ausländischer Fachkräfte sind nach wie vor sehr hoch und sehr unterschiedlich geregelt. Hier bedarf es einer Vereinheitlichung in Rheinland Pfalz.

Fragen zu I. Berufsgesetze novellieren:

Unterstützen Sie die dringende Novellierung des Berufsgesetzes für die physiotherapeutischen Berufe, initiativ auch auf Landesebene?

Wir unterstützen nicht nur die längst überfällige Novellierung der Berufsgesetze für die Physiotherapie, sondern auch für den Bereich Ergotherapie und Logopädie. Die Qualitätssteigerung der Ausbildung muss dabei das übergeordnete Ziel sein, jedoch muss auch bedacht werden, dass ein nicht unerheblicher Fachkräftemangel besteht, unter anderem aus folgenden Gründen: Verdienstmöglichkeit, Arbeitsbedingungen, psychischer Belastung durch hohen Patientendruck . Eine zu schnell vorangetriebenen Akademisierung könnte bewirken, dass Auszubildende fehlen. Die Übergänge in die Akademisierung müssen gut vorbereitet und kommuniziert werden.

Bei der Ausgestaltung der Berufsgesetze sollten wir unbedingt darauf achten, dass der Zugang zum Beruf nicht erschwert wird, hier gibt es einen Spagat zu machen zwischen Zugangsvoraussetzung (bislang Mittlere Reife) und dem Wunsch nach Akademisierung. Eine schrittweise Annäherung an das Ziel der Akademisierung der Therapieberufe ist unumgänglich und notwendig, insbesondere im Hinblick auf den internationalen Vergleich und auf die mögliche Entlastung der Arztpraxen als eigenständiger Therapiebereich mit Direktzugang.

Und wie wollen Sie das gestalten?

Politische Entscheidungen ohne vorherige gezielte Auseinandersetzung mit den einzelnen Therapiebereichen ist sehr schwierig. Es besteht eine ähnliche Problematik in

allen Therapiebereichen. Hierzu muss ein Fahrplan erarbeitet werden der das Ziel hat, in der Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie die Akademisierung zu erreichen. Hierbei muss genau geschaut werden, wie sich der zeitliche Rahmen gestalten lässt. In der Zeit des Überganges darf es nicht zu einer Verschärfung des Fachkräftemangels kommen und das kann bedeuten, dass das Vorgehen in dem jeweiligen Heilmittelbereich sich etwas unterscheiden könnte. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Berufsverbänden der Berufsgruppen und der Politik ist dabei absolut unerlässlich. Die Politik muss sich bewegen und offen sein, mutige Schritte zu gehen.

Unterstützen Sie dabei die hochschulische Ausbildung als Regelausbildung?

Für die Zukunft ist das die Möglichkeit die Qualität der Berufsgruppen zu steigern und die Berufsgruppen unabhängig von ärztlichen Weisungen zu machen. Das dies eine direkte Entlastung der Ärzteschaft darstellt, in der es ebenfalls einen nicht unerheblichen Fachkräftemangel gibt, erscheint als gute und naheliegende Lösung. Schon jetzt haben wir eine hohe Ausbildungsqualität, sind jedoch an die kurze Leine gebunden und belasten das System durch die Notwendigkeit der Verordnung durch den Arzt, deren Einschätzung der Therapiebedürftigkeit oftmals erheblich vom Ist-Status abweicht. So kommt es vor, dass Patienten ohne Bedarf die Praxen belasten und Patienten mit Bedarf keinen Zugang erhalten.

Unterstützen Sie in der Zwischenzeit die Forderung, die bestehenden Modellstudiengänge und die vorhandene Infrastruktur gezielt auszubauen?

Definitiv, wie schon ausgeführt bedarf es ein schrittweises Herantasten an das Ziel, dazu benötigt man Mittel, die sich hinsichtlich Ihrer Wirkung bewerten lassen. Dadurch kann man anpassen, ausbauen, verbessern.

Wie positionieren Sie sich zum Rahmenlehrplan in der Physiotherapie und der damit verbundenen Frage der Verbindlichkeit in der Umsetzung?

Der Rahmenlehrplan stellt einen modernen handlungs-, - und kompetenzorientierten Lehrplan dar, der die Ausbildung vereinheitlichen und praxisnah strukturieren soll. Damit soll eine qualitativ hohe Ausbildung gewährleistet werden. Natürlich ist es wichtig, eine verbindlichen Inhalt innerhalb einer Ausbildung zu garantieren, denn es muss ausbildungsstättenübergreifend eine verbindliche Qualität der Ausbildung geben, dies ist nur mit Rahmenplänen möglich, die auch umgesetzt werden.

Wie plant Ihre Partei die bürokratischen Hürden für die Anerkennung ausländischer Fachkräfte zu standardisieren und abzubauen?

Eine gute und berechtigte Frage, denn hier gibt es viele Player im Spiel. Grundsätzlich muss die Anerkennung schneller und einfacher funktionieren. Und wie zuvor schon erwähnt, muss hier auch durch die beteiligten Berufsgruppen und politischen Gliederungen ein Konzept erarbeitet werden, dass funktionell und pragmatisch ist.

Themenkomplex II: Kooperative Therapiemodelle

- Eine patientengerechte Versorgung ist gekennzeichnet durch gemeinsame Betreuung eines individuellen Patienten je nach medizinischer Notwendigkeit des Einsatzes von Kompetenzen und Ressourcen in partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Gesundheitsberufe.
- Hierzu gehört – über die ärztliche Verordnung hinaus – der Austausch von Informationen im Interesse der gemeinsamen Verantwortung für die Gesamttherapie einschließlich der damit verbundenen finanziellen Ressourcen. Dazu muss der Weg der Telematikinfrastruktur, Einsicht in die e-Akte, das elektronische Rezept und die Notwendigkeit der Nutzung von KIM endlich vorangetrieben werden.
- Teil dieser Neuordnung ist im Interesse der Patienten und der Leistungserbringenden auch der Direktzugang. Es gibt keinen aus der Qualität der Versorgung ableitbaren Grund, dem Versicherten als Experten für seine Gesundheit den Direktzugang zu den Heilmittelerbringenden zu verweigern. Ein zukünftiger Direktzugang würde eine deutliche Ausweitung der Kompetenzen in der Physiotherapie bedeuten und eine deutlich steigende Attraktivität des Berufes zur Folge haben.
- Für den Direktzugang ist eine Änderung des Heilberufegesetzes in Rheinland-Pfalz eine Voraussetzung, um den Physiotherapierenden die Ausübung der Heilkunde zu erlauben. Erstaunlicherweise gibt es kein bundesweit gültiges Heilberufegesetz - jedes Bundesland hat ein eigenes Gesetz.
- Ebenso ist es an der Zeit, Ergotherapeut*innen und Physiotherapeut*innen die Möglichkeit zu eröffnen, Hilfsmittel und therapieunterstützende digitale Gesundheitsanwendungen zu verordnen.

Hier wollen wir mal die Logopädie nicht vergessen

- Ein weiterer Teil dieser Neuordnung ist ein gesetzlich verankertes Stimmrecht der Heilmittelerbringenden im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

Absolute Grundvoraussetzung und ein no go, dass Berufsgruppen, die mit den Heilmitteln arbeiten außen vorgelassen werden.

- In diesem Gremium werden von Krankenkassen und Kassenärztlicher Bundesvereinigung Entscheidungen getroffen, die die Patienten und die Heilmittelerbringenden direkt und unmittelbar betreffen. Dabei wird den Heilmittelerbringenden lediglich ein Recht zur Stellungnahme eingeräumt, ein direktes Mitspracherecht verweigert, die Fachkunde der betroffenen Berufe nicht einbezogen.

Fragen zu II:

Kooperative Therapiemodelle

Unterstützen Sie den Direktzugang des Patienten zum Therapeut oder Therapeutin?
Befürwortet Ihre Partei die Einführung eines Direktzuges zur Physiotherapie, sodass Patienten ohne vorherige ärztliche Verordnung physiotherapeutisch behandelt werden können?

Definitiv, und auch hier will ich noch einmal ganz konkret darauf hinweisen, es muss den Direktzugang zum Therapeuten geben und das umfasst die Physiotherapie, die Ergotherapie und die Logopädie. Dies stellt den einzig vernünftigen Weg dar, die Heilmittel zielgerichtet und bedarfsorientiert anwenden zu können und das Gesundheitssystem, explizit die Hausarztpraxen zu entlasten und finanzielle Mittel zu schonen.

Setzt sich ihre Partei für eine Änderung des Heilberufegesetzes in Rheinland-Pfalz ein, um den Direktzugang rechtlich zu ermöglichen?

Definitiv ja

Wie bewertet Ihre Partei den Direktzugang im Hinblick auf: Entlastung der ärztlichen Versorgung;

Es könnten so deutlich Kapazitäten im ärztlichen Bereich frei werden und dies käme den Patienten zugute, Wartezeiten verringern sich. Die Hausarztpraxen sind derart überlaufen, es macht keinen Sinn, wenn die Wartezimmer voll sind mit Patienten die ein Heilmittel benötigen. Unnötige Wege entstehen, Ressourcen werden verschwendet.

Verkürzung von Wartezeiten für Patienten; Verbesserung der wohnortnahen Versorgung; Stärkung der Gesundheitsberufe Halten Sie den Direktzugang bei entsprechender Qualifikation der Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten für medizinisch sicher und verantwortbar?

Absolut, und genauso für Ergotherapeuten und Logopäden!

Plant Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode konkrete Initiativen zur Einführung des Direktzugangs in Rheinland-Pfalz?

Das steht in meiner persönlichen Planung.

Unterstützt Ihre Partei landesweite Modellprojekte zum Direktzugang in der Physiotherapie?

Das machen wir sehr gerne!

Unterstützen Sie die Möglichkeit Gesundheitsanwendungen zu verordnen?

Ja auf jeden Fall, natürlich unter Budgetverantwortung.

Setzt sich Ihre Partei für die schnelle Anbindung und den umfassenden Zugriff der Gesundheitsfachberufe an bzw. auf die Telematikinfrastruktur ein?

Hier gibt es ein klaren ja, momentan ist die Einführung der Telematikinfrastruktur mit großen Kosten verbunden, die über die gesetzlichen Krankenkassen gegenfinanziert werden. Dies bedeutet eine hohe zusätzliche Belastung der gesetzlichen Kassen, für ein System, das derzeit keinerlei Nutzen bietet. Somit ist klar, dass dieses kostenintensive System (nur für die Physiotherapiepraxen in RLP fallen hier pro Jahr 3.925000 Euro an) nur finanziert werden kann, wenn die Kassen andere Belastungen nicht mehr haben oder gegenfinanziert werden. Aktuell befürchte ich, dass die Absetzungskultur durch die Krankenkassen straffer werden wird und viele kostenintensive Anträge durch Patienten nicht genehmigt werden um die Kosten hereinzuwirtschaften.

Eine Entlastung der Hausarztpraxen und Direktzugang könnte eine Teillösung des Problems darstellen, einen Gegenfinanzierung durch den Gesetzgeber muss zudem in ausreichender Höhe gegeben sein.

Unterstützen Sie die Forderung eines Mitsprache- und Mitwirkungsrechts der Gesundheitsfachberufe an den sie betreffenden Entscheidungen des Gemeinsamen Bundesausschuss?

Absolut ja, denn die Umsetzung der Maßnahmen wird ja von eben diesen erwartet. Dazu benötigen wir Expertise und diese haben ausschließlich die Fachkräfte!

müssen als Themenkomplex III: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

- Die wirtschaftlichen Verbesserungen in der zu Ende gehenden Wahlperiode sind ein deutliches Signal an die Heilmittelerbringenden: Die Politik hat verstanden, dass die noch unbefriedigende Einkommenssituation auch zum Fachkräftemangel geführt hat und damit die Heilmittelversorgung auf Sicht gefährdet. Denn die Attraktivität der Berufsbilder hängt auch an der Vergütung. Nur so kann ein wettbewerbsfähiges Einkommensgefüge auch im ambulanten Bereich abgesichert werden und sich gegen die Gehaltszahlungen der Kliniken abgrenzen. Hier geben wir gerne den Hinweis auf das WAT-Gutachten Link zum WAT-Gutachten http://ifg-muenchen.com/wp-content/uploads/2014/12/Präsentation-WAT_Pressekonferenz.pdf Bislang haben einige Gesetze einen Vergütungsanstieg gewährleistet. Um den jahrelangen Investitionsstau und die Anpassung der Gehälter zu gewährleisten, sind weitere Vergütungsanpassungen notwendig.
- Neben der Vergütungssteigerung ist ebenso die Entlastung der ambulanten Praxen bei zukünftigen versorgungsrelevanten Investitionen ein wesentlicher Baustein zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Viele Physiotherapiepraxen – insbesondere kleinere und inhabergeführte Betriebe – verfügen bislang noch nicht über die notwendige technische Ausstattung für die digitale Transformation der Versorgung und die Anbindung an die Telematikinfrastruktur. Die Anschaffungskosten stellen für viele eine erhebliche finanzielle Belastung dar und gefährden im schlimmsten Fall die fristgerechte Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben. Hier wäre ein Förderprogramm zur weiteren Digitalisierung wünschenswert.

Fragen zu III: Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Unterstützen Sie die Forderung der Gesundheitsfachberufe nach einer angemessenen Vergütung?

Dass die Vergütungen weit hinter den wirtschaftlichkeitsgutachten der Verbände zurück bleiben ist traurig und völlig unangemessen. Man könnte es noch verschmerzen wenn es nicht die für die Krankenkasse überaus lukrative Praxis der Absetzungen gäbe. Der Heilmittelerbringer ist stets unter Generalverdacht zum Betrug, so werden „fehlerhafte“ Verordnungen abgesetzt (meist formale Fehler). Dies schmälert zusätzlich die Vergütung für geleistete Arbeit. Hinzu kommt, dass der Heilmittelerbringer nicht abgesichert ist, wenn Therapien durch Patienten kurzfristig nicht wahrgenommen werden. Obwohl ein Vergütungsanspruch an die Krankenkassen besteht, sagt hier die Kasse den Therapeuten nein. Dann muss eine Ausfallrechnung durch den Therapeuten an den Patienten erstellt werden. Ein unhaltbares Dreiecksverhältnis, dass unangenehme Inhalte und das Risiko des Umsatzausfalls auf die Therapeuten abwälzt. Im Bereich der Vergütung gibt es dringenden Handlungsbedarf und eine Regelung was die Vergütung einer Bestellpraxis betrifft, was passiert beim Therapieausfall. Eine Ausfallprämie durch die Kassen wäre protektiv und würde ein Zeichen setzen. Vergütungsverhandlungen und nicht eine Hoheitsstellung der Krankenkassen, meint Verhandlungen auf Augenhöhe. Die Anerkennung von organisatorischen Arbeiten, die in der Vergütung berücksichtigt werden müssen ist ein ebenfalls wichtiger Punkt. Ein tiefgehendes Thema. Wir haben die Problematik verstanden und stehen für die Heilmittelerbringer ein!

Vor diesem Hintergrund möchten wir Sie fragen: Ist in Ihrem gesundheitspolitischen Programm vorgesehen, ein landesweites Förderprogramm aufzulegen, das Physiotherapiepraxen in Rheinland-Pfalz bei der Anschaffung von Hardware finanziell unterstützt?

Nein bislang nicht. Die Anschaffung von Hardware wird aktuell auf Antrag durch die Krankenkassen mit 750 Euro pro Jahr unterstützt. Die Anschaffungskosten für die Telematikinfrastruktur sind ebenfalls über die Krankenkassen abgedeckt, als monatliche Pauschale werden sie ausgezahlt.

Rückfrage: Wie würden Sie sich hierzu eine Förderung für die Physiotherapie wünschen? Was würden Sie als ausreichend erachtet und in welcher Regelmäßigkeit?

Seite 6 von 7

Falls ja, wie stellen Sie sich die konkrete Ausgestaltung eines solchen Förderprogramms vor? Falls nein, wie möchten Sie sicherstellen, dass die digitale Anbindung der Physiotherapiepraxen ohne zusätzliche wirtschaftliche Belastung der Praxen gelingt?

S.O.

Themenkomplex IV: Verkammerung der Gesundheitsfachberufe • Eine Verkammerung der Gesundheitsfachberufe bedeutet mehr Einfluss und Mitbestimmung, denn eine Kammer hat in Deutschland politisches Gewicht. Sie muss bei Gesetzgebungsverfahren, die den Berufsstand betreffen, zwingend mit einbezogen werden.

- Niemand kann diese Dinge mit mehr Sachverstand und Berufsnähe entscheiden als Physiotherapeut*innen selber. Eine Kammer gibt die nötigen Rechte. Eine Kammer ist für die demokratischste Möglichkeit, alle Berufsangehörigen einzubeziehen.
- Das gilt auch für die finanziellen Mittel: Weil sich durch die Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer alle beteiligen, stehen mehr Ressourcen zur Verfügung – von denen am Ende auch alle profitieren.
- Ein Beruf ist nur dann zukunftssicher, wenn er den aktuellen und zukünftigen Bedarf deckt.
- Soll heißen: Weder Therapeuten noch Patienten werden glücklich, wenn z. B. die Anzahl der Berufsangehörigen oder deren Qualifikation nicht der demographische Entwicklung entsprechen.
- In einer Berufskammer werden alle Berufsangehörigen samt ihrer Qualifikationen erfasst. So können gegebenenfalls rechtzeitig die Weichen für eine bedarfskonforme Entwicklung gestellt werden.
- Eine moderne, interdisziplinäre Gesundheitsversorgung kann nur auf Augenhöhe mit anderen Gesundheitsfachberufen funktionieren.

Fragen zu IV: Kammerbildung für Gesundheitsfachberufe Wie stehen Sie zu einer Therapeutenkammer auf Landesebene?

Aktuell, zum jetzigen Zeitpunkt, stehen wir der Berufskammer für Therapeuten eher noch kritisch, jedoch nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Die Pflegekammer steht aktuell in Diskussion und es gibt sehr hohen Frust auf Seiten der Pflegekräfte.

Daraus sollten wir lernen und Schlüsse ziehen. Die Verkammerung kann ein gutes Mittel sein, eine Verpflichtung zur Mitgliedschaft und das Gefühl alles würde dominiert und kontrolliert könnte die Menschen abschrecken.

Hier müsste sich unbedingt an Kammermodellen orientiert werden, die funktionieren und die Berufsgruppen wirklich voranbringen! Ein Schnellschuss wäre fatal.

Einer langfristigen Bündelung der Therapeuten zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unter Beachtung der Erkenntnisse aus anderen Bereichen stehen wir jedoch diskussionsoffen gegenüber.